

Hongkong - Ein halbes Jahr nach der Übergabe

Will, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Will, G. (1998). *Hongkong - Ein halbes Jahr nach der Übergabe*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 7/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47334>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HONGKONG

Ein halbes Jahr nach der Übergabe

Zusammenfassung

Die Entwicklung Hongkongs während der vergangenen sechs Monate strafte die meisten Prognosen Lügen, die vor der Übergabe an die VR China aufgestellt worden waren. Statt des vorausgesagten wirtschaftlichen Booms ist Hongkong in eine schwere wirtschaftliche Krise geraten. Auf politischer Ebene wurde zwar eine Reihe restriktiver Gesetze erlassen, aber die neue Regierung hat der Opposition überraschend große Aktionsmöglichkeiten eingeräumt. Doch diese Freiräume beruhen nur auf politischer Opportunität und entbehren jeder verlässlichen Absicherung. Ein tatsächlicher Einsatz der verfügbaren Machtmittel wäre zwar für die VR China mit beträchtlichen ökonomischen und politischen Kosten verbunden, aber die chinesische Führung hat in Krisensituationen immer wieder bewiesen, daß sie willens ist, derartige Kosten auf sich zu nehmen, um ihren Herrschaftsanspruch durchzusetzen.

Die Erwartungen vor der Übergabe: Zwischen Euphorie und Pessimismus

Die am 1. Juli 1997 erfolgte Eingliederung Hongkongs in den Staatsverband der VR China war von sehr unterschiedlichen Einschätzungen und Erwartungen begleitet worden. Neben der bisweilen lautstark vorgetragenen Genugtuung vieler Chinesen über das Ende der mehr als 150jährigen Kolonialherrschaft Großbritanniens wurden in Hongkong wie auch in vielen westlichen Ländern Befürchtungen laut, daß das Ende der britischen Herrschaft auch das Ende des Rechtsstaates, der freien Meinungsäußerung und des in den neunziger Jahren begonnenen Demokratisierungsprozesses sein werde. Die heftige Kritik der chinesischen Regierung an den politischen Reformen des letzten britischen Gouverneurs in Hongkong, Chris Patten, wurde als ein Beweis für die Richtigkeit dieser These gewertet. Darüber hinaus sah man in der Nichtanerkennung des 1995 gewählten Legislativrates, der Ernennung eines Provisorischen Legislativrates mit überwiegend pekingtreuen Mitgliedern und dem Drängen auf die sofortige Stationierung von mehreren tausend Soldaten der chinesischen Armee die konkrete Bereitschaft Pekings, die gegebenen Zusicherungen über den Autonomiestatus Hongkongs zu brechen und notfalls auch gewaltsam ein politisches System nach dem Vorbild der VR China zu etablieren.

Eine völlig entgegengesetzte und sehr optimistische Einschätzung wurde hingegen in weiten Kreisen der Hongkonger Wirtschaft geäußert. Die meisten Unternehmer erwarteten vom Anschluß an China

eine wesentliche Steigerung ihres Umsatzes, da nun Geschäfte mit der VR China einfacher und kostengünstiger abgewickelt werden könnten. Immer wieder wurde betont, daß Hongkong dann seine Rolle als Motor und Finanzier des Wirtschaftsbooms in den chinesischen Küstenprovinzen noch effektiver und gewinnträchtiger spielen könne. Die im Frühjahr und Sommer 1997 steil ansteigenden Kurse der großen Wirtschaftskonzerne aus der VR China (red chips) an der Hongkonger Börse wurden als Vorboten einer neuen gewaltigen Boomphase gesehen. Nur wenige Geschäftsleute, meist Vertreter westlicher Firmen, vertraten die Auffassung, daß nach dem 1. Juli auch alle Schwächen und Mängel, welche die Wirtschaft der VR China und ihr politisches System kennzeichnen, wie Korruption, mangelnde Rechtssicherheit und eine stärker durch Beziehungsgeflechte als durch Gesetze des Marktes bestimmte Wirtschaft auch auf Hongkong übergreifen und die Fundamente des dortigen Wirtschaftssystems zerstören würden.

Angesichts all dieser von Hongkonger wie von westlicher Seite artikulierten Hoffnungen und Ängste wird oft übersehen, daß die Übernahme Hongkongs auch für die Regierung in Peking eine nicht geringe Herausforderung darstellte.¹ Es mußte eine Bevölkerung von über sechs Millionen in den chinesischen Staatsverband aufgenommen werden, die ein ganz anderes politisches aber auch kulturelles Umfeld gewöhnt war. Darüber hinaus wußte man auch in Peking nur allzu gut, daß jede Aktion in Hongkong von der internationalen Öffentlichkeit scharf beobachtet werden würde und daß ein hartes Vorgehen in Hongkong sehr schnell unübersehbare internationale Folgen haben könnte. Umgekehrt würde jedoch auch die allzu großzügige Gewährung von Sonderrechten gegenüber Hongkong den Neid anderer Wirtschaftszentren und Küstenstädte, wie z. B. Schanghai hervorrufen und somit die ohnehin vorhandenen Spannungen innerhalb Chinas weiter verstärken. Das von Peking im Sommer 1997 so ostentativ zur Schau gestellte Selbstbewußtsein ist daher auch als ein "Sich-selbst-Mutmachen" zu verstehen angesichts einer nicht gerade leicht kalkulierbaren Zukunft.

Vom Boom in die Krise

Versucht man ein halbes Jahr nach dem Antritt der neuen Hongkonger Regierung eine erste Bilanz zu ziehen, so muß man feststellen, daß die meisten der im Sommer 1997 angestellten Prognosen sich als falsch erwiesen haben und daß die tatsächliche Entwicklung häufig in entgegengesetzter Richtung verlief. Der erhoffte Wirtschaftsboom hielt lediglich bis Mitte August an. Obwohl Hongkong mit Devisenreserven von 90 Mrd. US-\$ über ein wesentlich solideres wirtschaftliches Fundament als die meisten anderen Länder Asiens verfügt, wurde es doch immer stärker von der Wirtschaftskrise seiner Nachbarländer in Mitleidenschaft gezogen. Bereits Ende August hatte der für Hongkong repräsentative Hang-Seng-Index einen Fall von 10% zu verzeichnen. Nach anfänglicher Erholung sackten die Kurse Ende Oktober um weitere 10% ab. Noch stärker waren schließlich die Einbrüche im Januar 1998. Der Zusammenbruch von Peregrine, einer der größten Investmentbanken Südostasiens, drückte den Hang-Seng-Index innerhalb eines Tages um fast 9%², die "red chips" fielen in ähnlich starkem Maße. Gegenüber dem Höchststand im August vergangenen Jahres waren damit die Aktienkurse um fast 50% zurückgegangen. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in sehr viel pessimistischeren Wachstumsprognosen wider. Galt im Sommer 1997 eine jährliche Zuwachsrate von 6% noch als recht konservative Schätzung, so stellten einige Wirtschaftsexperten Anfang 1998 nur noch 2,3% Wachstum für das laufende Jahr in Aussicht³; andere wie der Fund-Manager, William Kaye, hielten sogar ein Negativwachstum in der ersten Jahreshälfte 1998 für wahrscheinlich.⁴

Trotz dieser massiven Einbrüche ist es Hongkong bislang gelungen, die seit 1983 bestehenden festen Wechselkurse zum US-\$ beizubehalten und erfolgreich gegen Währungsspekulationen zu verteidigen. Doch dieses Ziel erforderte einen sehr hohen Preis. Um die Flucht aus dem Hongkong-\$ zu

¹ Francis Deron, Hongkong peut devenir une "Bombe à retardement" politique pour Pékin, in: Le Monde, 13./14.7.1998, S. 3.

² International Herald Tribune, 13.1.1998, S. 2.

³ Financial Times, 8.1.1998, S. 7.

⁴ Far Eastern Economic Review, 8.1.1998, S. 42.

verhindern, mußten die Zinsen für 3-Monats-Kredite Ende Oktober kurzfristig auf über 40% angehoben werden; in der zweiten Januarwoche lagen sie bei über 15%.⁵ Neue Spekulationswellen würden abermals einen steilen Zinsanstieg bewirken. Hohe Zinsen verteuern jedoch nicht nur die Produktionskosten, während andere Exporteure in Südostasien ihre Erzeugnisse dank der Abwertung ihrer Währungen erheblich billiger als früher anbieten können, sondern sie wirken sich auch äußerst negativ auf die Preise im Immobiliensektor aus, in dem Hongkongs Banken und Anleger etwa 40% ihrer Mittel investiert haben. Seit Oktober sind Hongkongs Immobilienpreise um durchschnittlich 20% gesunken. In der obersten Preisklasse konnte sogar nur noch die Hälfte dessen erzielt werden, was vor neun Monaten geboten worden war.⁶

Nicht weniger hart wurde der Tourismussektor getroffen, der noch 1996 Hongkongs wichtigster Devisenbringer war und mit zahllosen Hotels, Restaurants und Geschäften 12% aller Hongkonger Arbeitsplätze stellte.⁷ Bereits im November 1997 war ein Rückgang der Touristenzahlen um 22% im Vergleich zum November 1996 zu verzeichnen.⁸ Besucher aus Südostasien aber auch Japan blieben aus, da Hongkong mit seiner festen Anbindung an den US-\$ sehr teuer geworden war. Auch Touristen aus Australien, den USA und Europa reisten lieber in andere Länder der Region, die aufgrund ihrer abgewerteten Währungen sehr viel attraktivere Angebote unterbreiten konnten. Zum Jahresende führte der Ausbruch einer Hühnerseuche, die durch den gefährlichen H5N1-Virus verursacht worden war und bislang in Hongkong schon vier Menschenleben gefordert hatte, zu einem weiteren drastischen Rückgang der Touristenzahlen.⁹ Ein Importverbot für Geflügel aus der VR China und eine großangelegte Vernichtung des in Hongkong vorhandenen Geflügelbestands vermochten das verlorene Vertrauen nicht wiederherzustellen.

Ob es Hongkong trotz der bislang aufgewendeten Kosten gelingen wird, die Anbindung an den US-Dollar durchzuhalten, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob die VR China ihre Währung abwertet, um ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Ländern Südostasiens wiederherzustellen bzw. zu verbessern. Einen solchen Druck könnte der Hongkong-\$ wohl kaum ohne Freigabe der Wechselkurse standhalten. Aber letzteres würde unweigerlich einen dramatischen Verfall des Hongkong-\$ sowie eine verhängnisvolle Kettenreaktion wirtschaftlicher Zusammenbrüche in der gesamten Region auslösen und damit Hongkongs Image als solider internationaler Finanzplatz auf lange Zeit ruinieren.

Angesichts dieser Hiobsbotschaften macht sich derzeit in Hongkong mitunter eine regelrechte Untergangsstimmung breit. Vom "general burnout on Hong Kong"¹⁰ ist die Rede, und Wirtschaftsexperten werden mit den Worten zitiert: "The only way is going down."¹¹ Einer nüchternen Betrachtung vermögen solche Aussagen nicht standzuhalten. Sowohl die Aktienkurse wie die Immobilienpreise hatten im Sommer 1997 eine irrationale Höhe erreicht. Der derzeitige Preisverfall ist daher auch als eine zwar schmerzliche, aber notwendige Kurskorrektur zu sehen. Darüber hinaus verfügt Hongkong über all das, was seinen krisengeschüttelten Nachbarländern fehlt: eine positive Zahlungsbilanz, enorme Devisenreserven und eine strikte Geld- und Finanzpolitik. Aber Hongkongs Krise ist vielleicht nicht so sehr ein ökonomisches als ein psychologisches und politisches Problem. Das Vertrauen in die wirtschaftlichen Institutionen und Mechanismen ist erschüttert und je stärker dieses Vertrauen erschüttert ist, desto mehr ist die Regierung gefordert, ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen.

⁵ Financial Times, 14.1.1998, S. 7.

⁶ International Herald Tribune, 9.1.1998, S. 15 und Financial Times, 14.1.1998, S. 7.

⁷ Far Eastern Economic Review, 15.1.1998, S. 51.

⁸ International Herald Tribune, 13.1.1998, S. 15.

⁹ Financial Times, 2.1.1998, S. 3 und 7.1.1998, S. 14.

¹⁰ International Herald Tribune, 13.1.1998, S. 15.

¹¹ Financial Times, 12.1.1998, S. 14.

Einschränkung demokratischer Rechte

Bei der Übernahme ihrer Amtsgeschäfte sah sich die neue Regierung der "Sonderverwaltungsregion Hongkong" mit erheblichem Mißtrauen oder zumindest mit Skepsis konfrontiert. Der neue Regierungschef Tung Chee-hwa (hochchin.: Dong Jianhua) war zwar bei Meinungsumfragen von weit mehr als 50% der Befragten positiv beurteilt worden¹², aber dies galt wohl mehr seiner Fähigkeit, unter den gegebenen Umständen das Beste zu erreichen, als der von ihm geführten Regierung. Die ersten Beschlüsse dieser Regierung und die durch den Provisorischen Legislativrat erlassenen Gesetze waren kaum geeignet, die vorhandenen Befürchtungen zu verringern oder gar zu zerstreuen.

Bereits in einer seiner ersten Sitzungen hatte der Provisorische Legislativrat Bestimmungen über die Wahrung der öffentlichen Ordnung und nationalen Sicherheit erlassen, nach denen Proteste politischer Gruppierungen zu unterbinden sind, wenn dies aus "Gründen der nationalen Sicherheit" geboten erscheint. In einer am 18. Juli erlassenen Ausführungsbestimmung wurde u.a. die Forderung nach Abtrennung Hongkongs, Tibets oder auch Taiwans von der VR China als eine Gefährdung der nationalen Sicherheit bezeichnet. Außerdem wurde in dieser Verordnung die Polizei beauftragt, der Regierung alle politischen Gruppierungen zu benennen, von denen nach Ansicht der Polizei eine Gefährdung der nationalen Sicherheit ausgeht. Es steht dann im Ermessen der Administration, diesen Gruppierungen die offizielle Registrierung und damit die legalen Arbeitsmöglichkeiten zu entziehen.¹³

Um Hongkongs "wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken", wurden Mitte Juli einige arbeitsrechtliche Bestimmungen und Arbeitsschutzverordnungen aufgehoben, die erst in den letzten Wochen der britischen Herrschaft erlassen worden waren.¹⁴ Eine der dadurch außer Kraft gesetzten Bestimmungen war das Recht der Gewerkschaften, mit den Arbeitgebern kollektive Tarifverhandlungen zu führen und entsprechende Tarifabkommen abzuschließen. Außerdem wurde es den Gewerkschaften untersagt, politische Aktivitäten zu finanzieren. Hongkongs neue Regierung wollte sogar soweit gehen, den 1. Mai als regulären Feiertag zu annullieren, doch dies wurde vom Provisorischen Legislativrat abgelehnt. Bei aller Wirtschaftsfreundlichkeit wollte man wohl diesem Symbol der internationalen Arbeiterbewegung die Referenz nicht versagen.

Ein weiterer zentraler gesetzgeberischer Akt, mit dem die seit Anfang der neunziger Jahre begonnenen Reformen wieder zurückgedrängt werden sollen, ist das am 28. Sept. 1997 erlassene Wahlgesetz. Auf dem ersten Blick erscheinen die Veränderungen gegenüber dem früheren Wahlgesetz nicht allzu gravierend. Der alte wie der neue "Legislative Council" (Legco), das Parlament Hongkongs, wird über 60 Sitze verfügen. Nur 20 Sitze werden – wie auch bei dem 1995 gewählten Legco – aus allgemeinen und direkten Wahlen in den durch den Wohnsitz bestimmten Wahlkreisen hervorgehen. Neu ist, daß bei den kommenden Wahlen im Jahre 1998 nicht das früher verwandte Mehrheitswahlrecht, sondern das Verhältniswahlrecht angewandt werden wird, das kleineren Parteien eine größere Chance bietet, im Parlament vertreten zu sein. Neu ist auch, daß die zur Wahl aufgestellten Kandidaten keine ausländische Staatsbürgerschaft innehaben dürfen und daß es den Parteien untersagt ist, finanzielle Unterstützung aus dem Ausland anzunehmen. Dies trifft vor allem die demokratische Opposition, deren führende Mitglieder sich wie etwa 10 % der Hongkonger Bevölkerung eine ausländische Staatsbürgerschaft beschafft haben, um gegen Repressionen der neuen Regierung besser geschützt zu sein. Ebenso sind diese politischen Gruppierungen auf finanzielle Zuwendungen befreundeter Gruppierungen im Ausland oder von sympathisierenden Auslandschinesen angewiesen, da auch die regierungsfreundlichen Gruppierungen finanzielle Unterstützung aus der VR China bekommen, die aber nunmehr für Hongkong nicht mehr Ausland ist.

Weitere 30 Sitze werden – wie im alten Wahlgesetz – durch Wahlen in funktionalen Wahlkreisen (constituencies) bestimmt. D. h. die verschiedenen Berufsorganisationen und gesellschaftlichen

¹² International Herald Tribune, 30.9.1997, S. 8.

¹³ CHINA aktuell, Juli 1997, S. 642f.

¹⁴ International Herald Tribune, 17.7.1997, S. 4.

Gruppierungen entsenden die in ihren Organisationen gewählten Kandidaten in den Legco. Bei den 1995 abgehaltenen Wahlen verfügten daher die meisten Hongkonger über zwei Stimmen: Eine in dem Wahlkreis ihres Wohnorts und eine für die ihrem Beruf entsprechende Constituency. Nach dem neuen Wahlgesetz wird jedoch die Anzahl der Wahlberechtigten in diesen constituencies erheblich eingeschränkt. Statt 2,7 Millionen Wahlberechtigten wird es nur noch 180 000 Wahlberechtigte geben.¹⁵ Verfügten 1995 alle Beschäftigten einer Industriebranche über eine Stimme, so sind nach dem neuen Wahlgesetz nur noch die Unternehmen bzw. die Unternehmensführung stimmberechtigt. Die verbleibenden zehn Sitze werden von einem Wahlgremium aus 800 Personen bestimmt, die von der Regierung in dieses Gremium berufen werden. Eine pekingkonforme Zusammensetzung dieses Wahlgremiums ist damit gewährleistet. 1995 wurden diese Sitze von den Mitgliedern aller Distrikträte bestimmt, die ihrerseits in direkten Wahlen gewählt worden waren; d.h. sie gingen immerhin aus einem indirekten Wahlsystem hervor.¹⁶

Obwohl man sich bei der Neufassung des Wahlgesetzes bemüht hat, allzu augenfällige Änderungen zu vermeiden, zeigt eine nähere Analyse sehr deutlich, worauf das neue Wahlgesetz abzielt: die Position der Demokratischen Partei und anderer oppositioneller Gruppierungen bei den nächsten Wahlen zu schwächen und den Anhängern der Regierung größere Einflußmöglichkeiten zu verschaffen.

Gewährung politischer Freiräume

Vergleicht man die seit dem 1. Juli 1997 erlassenen Gesetze und Verordnungen mit der konkreten Regierungspraxis, so ergibt sich eine eher paradoxe Situation. So restriktiv diese Gesetze sind, so großzügig ging die neue Regierung bislang mit der Opposition um. Seit ihrer Amtsübernahme hat es in Hongkong über 150 regimekritische Demonstrationen gegeben, ohne daß es zu größeren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen wäre. Die Truppen der chinesischen Armee haben strikten Befehl, das Kasernengelände nicht zu verlassen und sind im Straßenbild Hongkongs nicht präsent.¹⁷ Als die Weltbank und der Internationale Währungsfond am 23. September ihre Jahrestagung in Hongkong abhielten, konnten Demonstranten den Sturz der KP Chinas fordern und "Nieder mit Li Peng" skandieren, ohne daß es zu Verhaftungen und einer Niederschlagung der Demonstration gekommen wäre. Ministerpräsident Li Peng, Leiter der chinesische Delegation, der stets sehr empfindlich auf Kritik an seiner Person reagiert hatte, zeigte plötzlich völlig ungewohnten Großmut. Anstatt die Demonstration zu verurteilen oder wenigstens mit Schweigen zu übergehen, rief er den internationalen Delegierten zu: "Nun seht mit eigenen Augen, daß es Chinas Regierung ernst ist mit dem hohen Grad an Autonomie für Hongkong."¹⁸

Auch in Zeitungen und Zeitschriften, die vor der Übernahme Hongkongs vorseilenden Gehorsam gezeigt und starke Selbstzensur geübt haben, sind nun wieder sehr viel kritischere Kommentare zu lesen. Sogar Martin Lee, Vorsitzender der Demokratischen Partei, konnte bislang keine offene Unterdrückung und Zensur ausmachen. Er, der noch im Juni 1997 verlauten ließ, er rechne unter der neuen Regierung mit seiner Inhaftierung¹⁹, zeigte sich Anfang Oktober "in Maßen optimistisch."²⁰ Bei aller Kritik an den inzwischen verabschiedeten Gesetzen und Verordnungen, müsse man doch zugestehen, daß die Repression Andersdenkender keineswegs das erwartete Ausmaß angenommen habe.²¹ Natürlich ist die neue Regierung nicht untätig geblieben, um ihre Anhänger und

¹⁵ International Herald Tribune, 4./5.10.1997, S. 6.

¹⁶ Suzanne Pepper, Hong Kong, 1997. East vs. West and the Struggle for Democratic Reform within the Chinese State, in: Asian Survey, Nr. 8 1997, S. 696.

¹⁷ Far Eastern Economic Review, 4.12.1997, S. 14.

¹⁸ Süddeutsche Zeitung, 8.10.1997, S. 11.

¹⁹ ZEIT magazin, 20.6.1997, S. 18.

²⁰ Süddeutsche Zeitung, 8.10.1997, S.11.

²¹ Ebenda.

Sympathisanten zu mobilisieren und ihnen in der öffentlichen Meinung Hongkongs stärkeres Gehör zu verschaffen, aber dies erfolgt eher indirekt und ohne den offenen Einsatz staatlicher Gewalt.

Motive der Hongkong-Politik Pekings

Als Motive für diese relativ liberale Politik gegenüber den oppositionellen Kräften werden vor allem zwei Punkte hervorgehoben.²² Zum einen benötigt Peking weiterhin die Wirtschaftskraft Hongkongs für die Modernisierung Chinas. Wenn man die auf dem 15. Parteitag der KPCh proklamierte Privatisierung der Staatsbetriebe durchführen will, sind enorme Mengen an Kapital erforderlich, die nur über das internationale Finanzzentrum Hongkong zu beschaffen sind. Zum anderen hat die Politik gegenüber Hong-

²² Vgl. Sebastian Heilmann, Wie steht es um die Autonomie Hongkongs? Politischer Wandel seit dem Souveränitätswechsel, in: CHINA aktuell, November 1997, S. 1102.

kong immer auch Modellfunktion für die Taiwan-Politik. Wenn das Konzept "ein Land, zwei Systeme" in Hongkong fehlschlagen würde, wäre Peking nicht in der Lage, einen Weg vorzuweisen, wie die Wiedervereinigung mit Taiwan mit friedlichen Mitteln bewerkstelligt werden kann.

Aber auch in innenpolitischer Hinsicht ist die Hongkong gewährte Sonderrolle wichtig. In dem politisch offeneren System der "Sonderverwaltungsregion" kann die chinesische Führung neue Formen der Auseinandersetzung mit der Opposition erproben; so z. B. wie man eine Opposition durch Zugeständnisse, durch Verzicht auf offene Repression ins Leere laufen läßt. Gibt es keine Verbote, keine Inhaftierungen, wird die zentrale Aussage der Opposition, der Souveränitätswechsel bedeute den Verlust mühsam errungener Freiheitsrechte und Unterdrückung, scheinbar widerlegt und die Opposition verliert an Glaubwürdigkeit, Beachtung und Unterstützung. Zumal die neue Regierung die Lösung wichtiger sozialer Probleme wie den Bau 85000 neuer Wohnungen und eine Verbesserung der Altersversorgung auf ihre Fahnen geschrieben hat und daher der Opposition den Vorwurf machen kann: Ihr kümmert euch nur um abstrakte Freiheitsrechte, wir kümmern uns um die konkreten Probleme der Bevölkerung.

Außerdem kann Peking in Hongkong testen, inwieweit stärkere Partizipationsmöglichkeiten ein notwendiges Korrektiv in einem politischen System des "Konsultativen Autoritarismus" sein können, in dem die Regierung sich zwar das alleinige Entscheidungsrecht vorbehält, aber auch nicht über die Köpfe der Beherrschten hinweg ihre Entscheidungen fällen möchte. Auf dem Lande hat die VR China durch die direkte Wahl von Dorfvorstehern durch die Dorfbevölkerung erste Erfahrungen mit demokratischer Mitbestimmung gemacht.²³ In Hongkong bietet sich nun die Möglichkeit, in einem städtischen Milieu vergleichbare Erfahrungen zu sammeln.

Allerdings sollte die Lernfähigkeit und Lernbereitschaft der chinesischen Führung auch nicht überschätzt werden. In der VR China befaßt man sich nicht nur mit dem Ausbau politischer Mitspracherechte, sondern auch mit dem systematischen Aufbau einer bewaffneten Polizei.²⁴ Wenn die wirtschaftliche Krise in Hongkong zunimmt, wenn in größerem Umfang als bisher Arbeitsplätze verloren gehen und nicht nur Hunderte sondern Tausende an den Demonstrationen der Opposition teilnehmen, werden sich die Grenzen der Toleranz Pekings wie der von ihr in Hongkong eingesetzten Regierung zeigen. Da die derzeit gewährten Freiräume nur auf politischer Opportunität beruhen und weder rechtlich noch politisch abgesichert sind, können sie jederzeit entzogen und durch diktatorische Herrschaftsmaßnahmen ersetzt werden. Sicherlich hätte ein Scheitern des Modells "Hongkong" nicht nur enorme wirtschaftliche Kosten zur Folge, sondern würde auch ein Scheitern all jener politischen Bemühungen bedeuten, in welche die VR China während des vergangenen Jahrzehnts beträchtliche Energien investiert hat. Aber die chinesische Führung hat immer wieder bewiesen, daß sie in Krisensituationen durchaus bereit ist, derartige Kosten auf sich zu nehmen, um den eigenen Herrschaftsanspruch durchzusetzen.

Gerhard Will

²³ Süddeutsche Zeitung, 29.12.1997, S.2.

²⁴ Vgl. Xinhua, 2.12.1997, zit. nach SWB-AP, 1.1.1998, G/9.